



IW-Trends

Wirtschaftliches Wachstum im demografischen Wandel

Philipp Deschermeier / Michael Grömling / Holger Schäfer

IW-Trends 3/2026

Vierteljahresschrift zur
empirischen Wirtschaftsforschung
Jahrgang 53



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Postfach 10 19 42
50459 Köln
www.iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Instagram
Instagram@IW_Koeln

Verantwortliche Redakteure

Prof. Dr. Michael Grömling

groemling@iwkoeln.de
0221 4981-776

Holger Schäfer

schaefer.holger@iwkoeln.de
030 27877-124

Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de.

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2026
Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-450
iwmedien@iwkoeln.de
iwmedien.de

Wirtschaftliches Wachstum im demografischen Wandel

Philipp Deschermeier / Michael Grömling / Holger Schäfer, September 2026

Zusammenfassung

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird in Deutschland demografisch bedingt bis zum Jahr 2040 um 4,3 Millionen oder 7,7 Prozent sinken. Um die Folgen dieser Entwicklung für das wirtschaftliche Potenzialwachstum abzuschätzen, kann ein „Growth-Accounting“-Ansatz verwendet werden, der das Wachstum des Inlandsprodukts in seine Komponenten Arbeit, Kapital und technologischen Fortschritt zerlegt. Aus der Vorausschätzung der Komponenten kann eine Vorausschätzung für die Wachstumsrate hergeleitet werden. Die künftige Entwicklung des Arbeitsangebots wird bei gegebener Bevölkerungsentwicklung durch den Grad der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials determiniert. Eine Vorausschätzung dieses Ausschöpfungsgrads mittels Vektorautoregression zeigt, dass ein Teil des Bevölkerungsrückgangs kompensiert werden könnte, indem vor allem die Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit der rentennahen Jahrgänge weiter zunimmt. Das Kapitalwachstum könnte durch öffentliche Investitionen im Kontext der Sondervermögen und private Investitionen im Kontext von Dekarbonisierung und Digitalisierung moderat steigen. Dies kann auch für den technologischen Fortschritt gelten, der durch die Verbreitung von Künstlicher Intelligenz gestärkt wird. Dämpfende Effekte ergeben sich dagegen durch die Alterung der Gesellschaft selbst. Im Ergebnis kann das Potenzialwachstum bis 2040 bei durchschnittlich 0,7 Prozent im Jahr liegen, wobei die höchsten Werte mit 1,1 Prozent am Ende dieses Zeitraums zu erwarten wären. Damit würde das Wachstum hinter dem der vorangegangenen Zeiträume zurückbleiben. Voraussetzung ist, dass zeitnah eine Reihe angebotsorientierter Reformen umgesetzt wird, die Investitionen stärken und das Arbeitskräftepotenzial mobilisieren.

Stichwörter: Demografie, Arbeitsangebot, Produktionspotenzial

JEL-Klassifikation: J11, J21, O47

DOI: 10.2373/1864-810X.26-03-04

Demografie als Determinante der wirtschaftlichen Entwicklung

Die demografische Entwicklung zählt zu den zentralen Einflussfaktoren langfristiger volkswirtschaftlicher Prozesse. Veränderungen des Bevölkerungsstands, der Altersstruktur sowie der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wirken sich unmittelbar auf zentrale makroökonomische Größen wie das Arbeitsangebot, den Konsum, das Sparverhalten, Investitionen oder die Tragfähigkeit sozialer Sicherungssysteme aus.

Nach dem Ende des Babybooms der 1960er Jahre führte die bis in die 2010er Jahre anhaltende Kombination aus niedrigen Geburtenraten und einer stetig steigenden Lebenserwartung zu einer Alterung der Bevölkerung in Deutschland. Das aus beiden Entwicklungen resultierende Geburtendefizit wurde in den 2010er Jahren und mit Ausnahme des ersten Pandemiejahres 2020 stets durch Wanderungsgewinne ausgeglichen. Im Jahr 2025 ist der Bevölkerungsstand Deutschlands erstmals seit 2020 wieder leicht zurückgegangen (Statistisches Bundesamt, 2026c). Gleichzeitig steigt der Druck auf den Arbeitsmarkt, denn die ersten Babyboomer-Jahrgänge haben bereits das gesetzliche Renteneintrittsalter erreicht. Die demografische Entwicklung hat die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen somit nachhaltig verändert und wird sie auch zukünftig prägen. Für die Analyse der Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Entwicklung kommt dem Potenzialwachstum eine besondere Bedeutung zu. Es beschreibt die langfristig erreichbare Wachstumsrate einer Volkswirtschaft bei normaler Auslastung ihrer Produktionsfaktoren. Da die demografische Entwicklung maßgeblich die Verfügbarkeit des Produktionsfaktors Arbeit beeinflusst, stellt sie einen wesentlichen Bestimmungsfaktor des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials dar. Der sich abzeichnende Rückgang der Erwerbsbevölkerung wird das Wachstumspotenzial in Deutschland begrenzen, während die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials, Kapitalwachstum und Technologieeffekte diesen Effekt teilweise kompensieren können.

Der vorliegende Beitrag liefert eine quantitative Grundlage, um die demografischen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu skizzieren. Dies wird über einen „Growth-Accounting“-Ansatz operationalisiert. Hierfür wird im nächsten Abschnitt die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands seit der Wiedervereinigung sowie die erwartete Bevölkerungsentwicklung bis 2040 aufgezeigt. Es folgt die Darstellung des „Growth-Accounting“-Ansatzes und retrospektive die Zerlegung des Wachstums

in seine Komponenten. Die erste Komponente ist das Arbeitsangebot, das mittels einer Vorausberechnung des Arbeitsvolumens quantifiziert wird. Es folgt eine Analyse und Vorausberechnung des Kapitalstocks und der erwarteten Technologieeffekte als weitere Wachstumskomponenten. Das anschließende Kapitel führt alle Effekte zusammen und leitet daraus die Potenzialentwicklung bis 2040 ab.

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland seit 1990

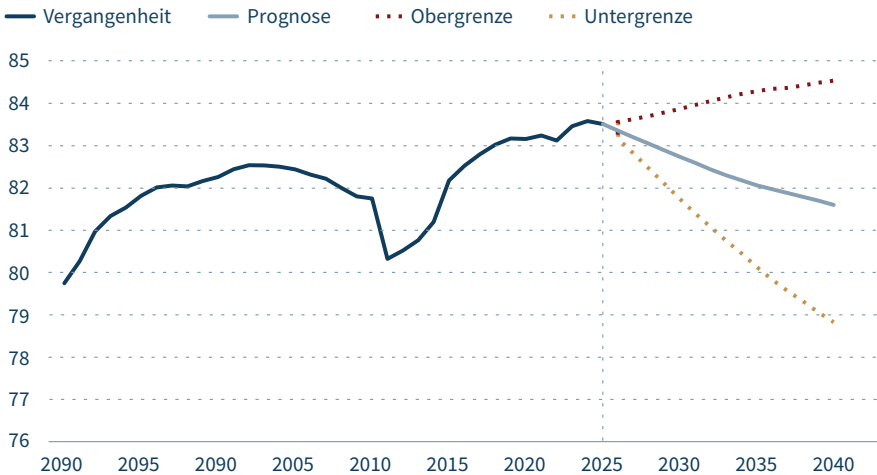
Die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands seit der Wiedervereinigung lässt sich in drei Phasen gliedern (Abbildung 1). In der ersten Phase stieg zu Beginn der 1990er Jahre der Bevölkerungsstand insbesondere als Folge des Zuzugs von Russlanddeutschen und der Fluchtmigration infolge des Krieges auf dem Balkan. Im Jahr 2011 wurde der Bevölkerungsstand durch die Erkenntnisse aus dem Zensus 2011 um etwa 1,5 Millionen Personen nach unten korrigiert. Es folgte in den 2010er Jahren ein deutlicher Bevölkerungsanstieg. Die Kombination aus der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber den ost- und mitteleuropäischen EU-Beitrittsländern und dem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung führte zu überdurchschnittlichen Wanderungsgewinnen.

2015 und 2016 erhöhte sich das Wachstum durch die Zuwanderung von Geflüchteten infolge der Kriege in Syrien und dem Irak nochmals. 2022 wurde aufgrund des Krieges in der Ukraine der höchste Wanderungsgewinn in der deutschen Geschichte verzeichnet. Dass sich der Bevölkerungsstand in diesem Jahr nicht sprunghaft erhöhte, war die Folge der erneuten statistischen Korrektur auf Basis des Zensus 2022. Die Jahre 2024 und insbesondere 2025 markieren nun den Übergang in eine dritte Phase: Die Wanderungsgewinne sind durch die Migrationswende der Bundesregierung und die eingetrübte konjunkturelle Lage stark zurückgegangen. Sie reichen nicht mehr aus, um das Geburtendefizit auszugleichen, und die Bevölkerung Deutschlands schrumpft.

Auch zukünftig ist mit einem rückläufigen Bevölkerungsstand zu rechnen (Deschermeier, 2026). Die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW-Bevölkerungsprognose) ermitteln einen Rückgang von 83,5 Millionen Personen im Jahr 2025 um insgesamt 2,3 Prozent auf 81,6 Millionen Personen im Jahr 2040. Bei der Prognose handelt es sich um einen stochastischen Ansatz, der die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung auf Basis einer Simu-

Bevölkerungsentwicklung Deutschlands mit Prognose bis 2040 Angaben in Millionen

Abbildung 1



Basis: IW-Bevölkerungsprognose (Deschermeier, 2026).

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2026b; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/KCHGiDCrWzEEGB5>

lation von Zeitreihenmodellen statistisch ermittelt (Deschermeier, 2016). Aus dieser Methode resultiert eine Obergrenze der Entwicklung im Jahr 2040 von 84,5 Millionen Personen und eine Untergrenze von 78,8 Millionen Personen.

Demografischer Druck auf den Arbeitsmarkt

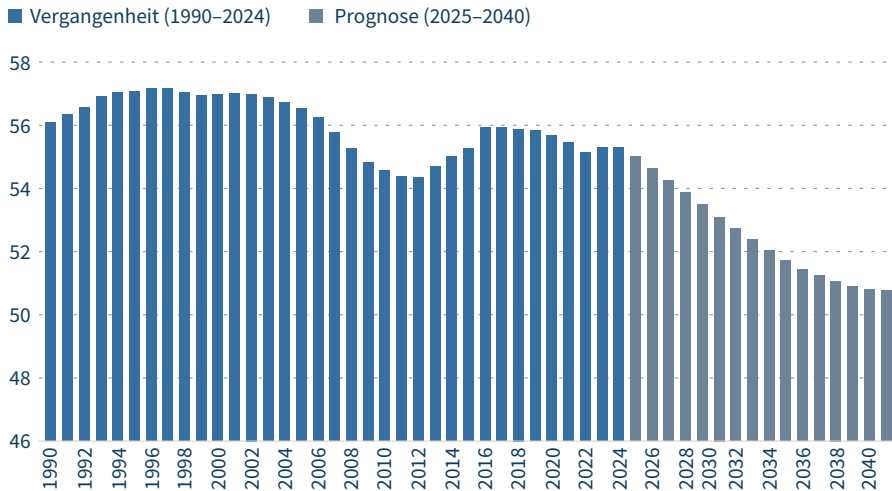
Aus dieser demografischen Entwicklung kann die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials abgeleitet werden (Abbildung 2). Es umfasst die Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 Jahren und unter 67 Jahren und bildet somit die Menge an Personen ab, die grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das Erwerbspersonenpotenzial sagt aber nichts über die tatsächliche Erwerbstätigkeit der Menschen oder das Arbeitsvolumen aus.

Im Jahr 1990 umfasste das Erwerbspersonenpotenzial 56,1 Millionen Personen. Bis 1997 erhöhte sich die Anzahl migrationsbedingt auf 57,2 Millionen Personen. Die 2010er

Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials bis 2040

Abbildung 2

Angaben in Millionen



Basis: IW-Bevölkerungsprognose (Deschermeier, 2026).

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2026b; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/WqyLyJ6syqHssgm>

Jahre waren von einem anhaltenden konjunkturellen Aufschwung geprägt. Die deutsche Wirtschaft entwickelte sich robust, was zu einer starken Nachfrage nach Arbeitskräften führte. Ein zentraler Treiber des Erwerbspersonenpotenzials war die Zuwanderung aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten im Zuge der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit. Zwischen 2011 und 2017 wanderten netto rund 1,4 Millionen Personen aus diesen Ländern nach Deutschland zu. In der jüngeren Vergangenheit entfaltet der demografische Wandel zunehmend seine Wirkung auf den Arbeitsmarkt. Mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie ging das Wanderungsgeschehen deutlich zurück. 2022 kamen viele Menschen im erwerbsfähigen Alter durch den Ausbruch des Krieges in der Ukraine nach Deutschland. Diese Entwicklung mündete nicht in einem sichtbaren Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials, weil mit dem Zensus 2022 die Bevölkerung etwa im gleichen Maß nach unten korrigiert wurde, wie Zuwanderer ins Land kamen.

Analog zum Rückgang der Bevölkerung wird auch das Erwerbspersonenpotenzial in der Zukunft abnehmen. Der Rückgang fällt allerdings deutlich höher aus. Im Jahr 2040 werden lediglich 50,8 Millionen Personen im erwerbsfähigen Alter sein. Dies entspricht einem Rückgang von 7,7 Prozent beziehungsweise 4,3 Millionen Personen im Vergleich zum Basisjahr 2025. Die Babyboomer-Jahrgänge erreichen bereits gegenwärtig das gesetzliche Renteneintrittsalter, während gleichzeitig weniger junge Leute in das Erwerbsalter nachrücken. Der demografische Druck auf den Arbeitsmarkt nimmt somit bereits heute zu.

Growth-Accounting für die Vergangenheit

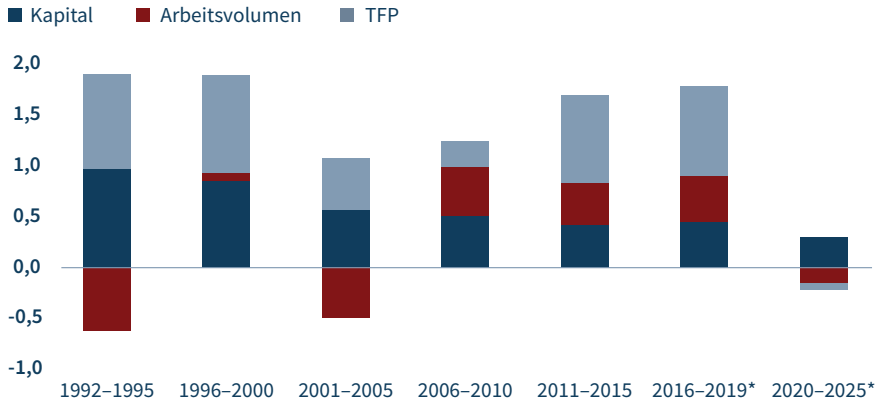
Um vor dem Hintergrund der aufgezeigten demografischen Perspektiven das künftige Produktionspotenzial in Deutschland zu schätzen, muss eine Wachstumszerlegung (Growth Accounting) herangezogen werden (Grömling et al., 2021). Den Ausgangspunkt bildet eine Produktionsfunktion mit den drei Faktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt. Das Potenzialwachstum wird demnach bestimmt von der Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen oder ihres Arbeitsvolumens, von der Investitionstätigkeit, den Kapitalabgängen und der davon abhängigen Wachstumsrate des Kapitalstocks sowie von der Rate des technisch-organisatorischen Fortschritts. Auch der Wandel der institutionellen und geopolitischen Rahmenbedingungen sowie Änderungen beim Humankapital und der Ressourceneffizienz kommen beim technisch-organisatorischen Fortschritt zum Tragen. Dieses Verfahren zeichnet sich durch eine relative Einfachheit mit zum Teil klar abgrenzbaren Faktoren und eine transparente Berechnungsweise und Überprüfbarkeit aus (Ochsner/Werding, 2026).

Auf Basis einer solchen Zerlegung zeigt Abbildung 3 rückwärtsgerichtet die Beiträge der drei Produktionsfaktoren zum tatsächlichen Wachstum des realen BIP in Deutschland seit 1991 auf Basis von 5-Jahresdurchschnitten. Über die gesamte Zeit hinweg hat im Durchschnitt der Faktor Arbeit die Veränderung des BIP nicht beeinflusst. Das jahresdurchschnittliche Wachstum von 1991 bis 2025 in Höhe von 1,2 Prozent ergibt sich je zur Hälfte aus dem ansteigenden Kapitaleinsatz und dem technisch-organisatorischen Fortschritt. Dabei fielen die Wachstumsbeiträge des Kapitals durchgehend schwächer aus – im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2025 sind es nur noch 0,3 Prozentpunkte

Determinanten des Wachstums in Deutschland

Abbildung 3

Beiträge der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und TFP¹⁾ zum jahresdurchschnittlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



1) TFP: Totale Faktorproduktivität als Messgröße für technisch-organisatorische Veränderungen.

*Die Krise im Jahr 2020 und die darauffolgende Erholung im Jahr 2021 werden (analog zu den Jahren 2009 und 2010) einem Zeitraum zugeordnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/a444zHcJeoCzdDD>

pro Jahr im Gegensatz zu den 1990er Jahren mit 1 Prozentpunkt. Während das jährliche TFP-Wachstum (TFP = totale Faktorproduktivität) in den 1990er und den 2010er Jahren bei knapp 1 Prozentpunkt lag, betrug es in den 2000er Jahren nur 0,4 Prozentpunkte, und in den letzten sechs Jahren war es durchschnittlich sogar leicht negativ. Diese beiden Perioden waren von großen Schocks geprägt: In den 2000er Jahren bremste vor allem zu Beginn die Strukturkrise und im Jahr 2009 die Finanzmarktkrise. Die vielfältigen Effizienzverluste durch die Pandemie und durch die geopolitischen Neuorientierungen und Anpassungslasten können als ökonomische Erklärungen für die ausbleibenden Technologieimpulse am aktuellen Rand angeführt werden. Beim Faktor Arbeit gab es ebenfalls deutlich unterschiedliche Zeiträume: Während von Anfang der 1990er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre größtenteils das Wirtschaftswachstum stark gebremst wurde, gab es in den folgenden 15 Jahren deutlich positive Impulse vom Arbeitsvolumen und dem dahinterstehenden Beschäftigungsaufbau. In den letzten beiden Jahren bremste der Faktor Arbeit das Wachstum wieder ab.

Für eine vergangenheitsorientierte Wachstumszerlegung liegen die Beiträge der Faktoren Arbeit und Kapital direkt vor und der Beitrag des technischen Fortschritts ergibt sich residual. Für eine zukunftsgerichtete Schätzung des Produktionspotenzials müssen dagegen die Veränderungen der Faktoren Arbeit, Kapital und des technischen Wissens explizit abgeleitet werden.

Arbeitsmarkteffekte: Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials

Die Entwicklung der Bevölkerung determiniert das Arbeitskräftepotenzial. Entscheidend für die wirtschaftlichen Effekte des demografischen Wandels ist das daraus abzuleitende Arbeitskräfteangebot. Die Vorausschätzung des Arbeitsangebots erfordert eine Schätzung darüber, zu welchem Grad das jeweils vorhandene Arbeitskräftepotenzial ausgeschöpft werden kann. In diesem Kontext erscheint es sinnvoll, das Arbeitsangebot als Arbeitsvolumen – die Summe der geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen – zu begreifen. Gegenüber einer Vorausschätzung der Arbeit anbietenden Personen hat dies den Vorteil, dass eine mögliche Kompensation stagnierender oder sinkender Erwerbstätigkeit durch eine steigende Pro-Kopf-Arbeitszeit berücksichtigt werden kann.

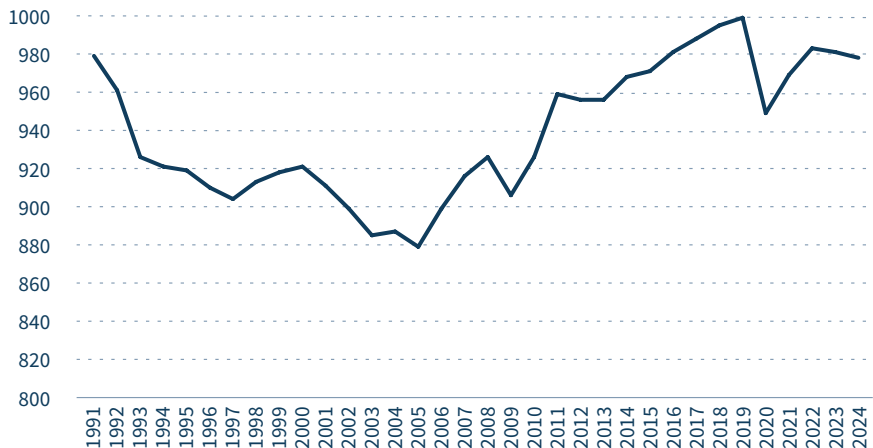
Inwieweit das Arbeitskräftepotenzial, bemessen in Arbeitsstunden, ausgeschöpft wird, kann anhand zweier Kennzahlen beurteilt werden: erstens die Erwerbsbeteiligung und zweitens die Pro-Kopf-Arbeitszeit. Die Erwerbsbeteiligung misst, wie groß der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbsquote) oder der Erwerbstätigen (Erwerbstätigenquote) an der Bevölkerung ist. Konzeptionell geeigneter wäre eine Betrachtung der Erwerbsquote, weil hier Erwerbslose inkludiert sind, die grundsätzlich als Teil des Arbeitsangebots gelten. Dagegen spricht, dass suchtheoretisch keine Erwerbslosigkeit von null erwartbar ist, sondern auch bei Vollbeschäftigung stets ein von der Suchdauer abhängendes Maß verbleibt (Schäfer/Schmidt, 2017). Für die Verwendung der Erwerbstätigenquote spricht ferner, dass die Pro-Kopf-Arbeitszeit als zweite Kennzahl nur für die tatsächlich Erwerbstätigen statistisch vorliegt. Zwar könnte aus Befragungen zu Arbeitszeitpräferenzen abgeleitet werden, wie viele Stunden Erwerbslose arbeiten würden, wenn sie erwerbstätig wären. Doch damit ginge ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor in die Analyse ein.

Die Erwerbsbeteiligung, gemessen an der Erwerbstätigenquote, und die Pro-Kopf-Arbeitszeit der Erwerbstätigen sind in starkem Maß negativ miteinander korreliert. In Deutschland nahm die Erwerbstätigenquote – definiert als Erwerbstätige bezogen auf die Bevölkerung von 18 bis 65 Jahren – von rund 70 Prozent Mitte der 1990er Jahre auf knapp 89 Prozent im Jahr 2025 zu. Im gleichen Zeitraum ging die Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen von rund 1.530 Stunden auf 1.330 Stunden zurück (Statistisches Bundesamt, 2026a; 2026b). Der Zuwachs der Erwerbsbeteiligung beruhte in wesentlichen Teilen auf einer stärkeren Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren. Insbesondere bei Frauen ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten überproportional, sodass mit deren zunehmendem Anteil an den Erwerbstätigen die Pro-Kopf-Arbeitszeit aller Erwerbstätigen sank. Das bedeutet allerdings nicht, dass der Ausschöpfungsgrad des Arbeitskräftepotenzials unveränderlich ist, weil Zuwächse in der Erwerbsbeteiligung zwingend von einem Rückgang der Pro-Kopf-Arbeitszeit kompensiert werden.

Entwicklung der Arbeitsstunden in Deutschland

Abbildung 4

Geleistete Arbeitsstunden je Einwohner im Alter von 15 bis 74 Jahren pro Jahr



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung;
Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 4: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/EFqs6b3dpxMkLi>

Die beiden Kennzahlen können durch Multiplikation in einem einzigen Indikator zusammengefasst werden. Bezeichnet ET die Erwerbstätigen, EW die Einwohner im Erwerbsalter und h die Anzahl der geleisteten Stunden, ergibt sich als Produkt aus der Erwerbsbeteiligung ET/EW und der Arbeitszeit je Erwerbstätigen h/ET die Anzahl der geleisteten Stunden je Einwohner im Erwerbsalter (h/EW) als Maß für die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials. Im Zeitverlauf hat sich der Wert dieses Indikators – berechnet auf Basis der Bevölkerung von 15 bis 74 Jahren – in drei Phasen verändert (Abbildung 4). In einer ersten Phase von 1991 bis 2005 ging die Ausschöpfung von 980 auf 880 Stunden je Einwohner zurück. Die sich im Anschluss an die Agenda-Reformen verbessernde Arbeitsmarktlage sorgte in einer zweiten Phase von 2005 bis 2019 für einen Anstieg auf knapp 1.000 Stunden. Der Einbruch im Pandemiejahr 2020 konnte in den beiden nachfolgenden Jahren zwar zum Teil wettgemacht werden, trat dann aber im Zuge der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation erneut in eine Abwärtsbewegung ein. Im Jahr 2025 lag der Ausschöpfungsgrad wieder auf dem Niveau vom Beginn der 1990er Jahre bei rund 980 Stunden. Insgesamt verblieb seit den Agenda-Reformen durchaus ein Anstieg. Zur Kompensation des Rückgangs des Arbeitskräftepotenzials wären allerdings weitere Steigerungen erforderlich.

Vorausschätzung des Ausschöpfungsgrads

Zur Vorausschätzung des Ausschöpfungsgrads h/EW werden die vorhandenen historischen Werte der Jahre 1991 bis 2024 in insgesamt zwölf Zeitreihen zerlegt. Unterschieden wird zwischen Männern und Frauen sowie jeweils sechs Altersgruppen: 15 bis 24 Jahre, 25 bis 34 Jahre, 35 bis 44 Jahre, 45 bis 54 Jahre, 55 bis 64 Jahre und 65 bis 74 Jahre. Zwar befinden sich in der letzten Altersgruppe überwiegend Rentner und nur wenige Erwerbstätige, doch spielt dies für den Indikator der Arbeitsstunden je Einwohner keine Rolle. Der entsprechend niedrige Wert wird wie die anderen Zeitreihen bis zum Jahr 2040 vorausgeschätzt.

Die Vorausschätzung ist ein klassischer Anwendungsfall für die Zeitreihenanalyse. Da die Anzahl der vorliegenden historischen Beobachtungen mit 34 Jahren recht gering ist und der Zeitraum der Vorausschätzung mit 15 Jahren lang ausfällt, bietet sich ein Vektorautoregressionsmodell (Lütkepohl, 2004) für jeweils sechs Zeitreihen der Werte von Männern und Frauen mit einem Lag von einem Jahr an. Bezeichnet

Y_t^{AG} den Ausschöpfungsgrad „Geleistete Arbeitsstunden je Einwohner“ im Jahr t in der Altersgruppe AG , ergibt sich als das geschätzte Modell getrennt jeweils für Männer und Frauen:

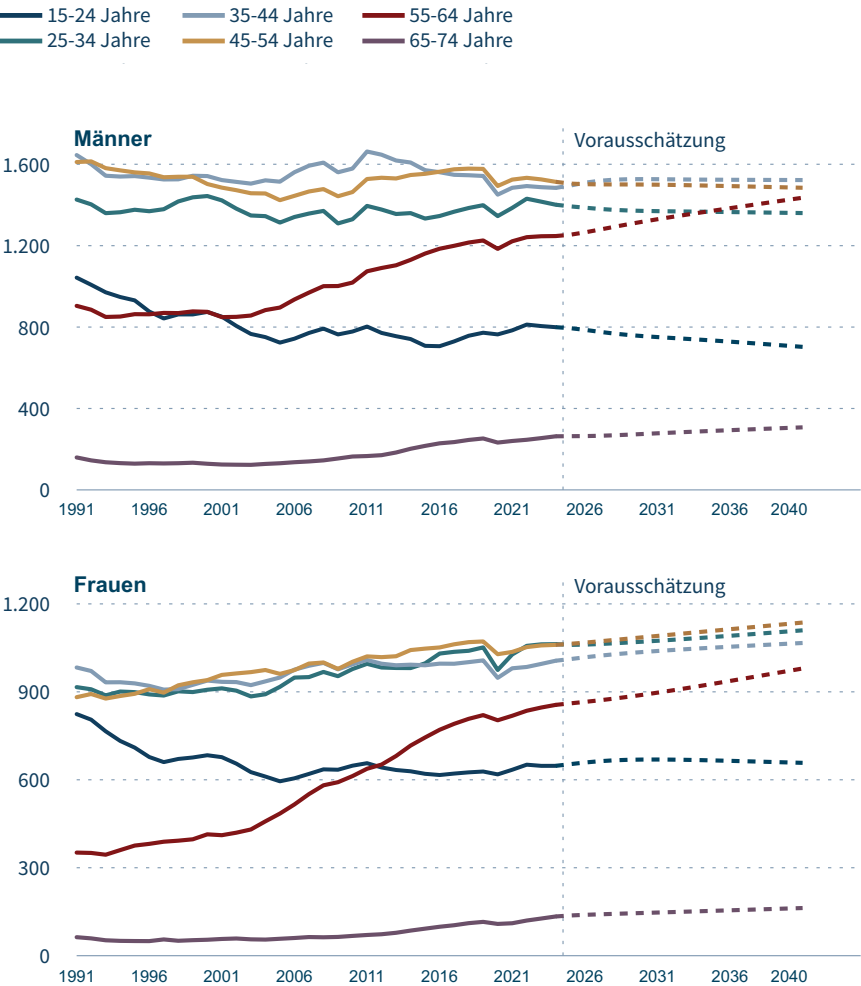
$$Y_t^{AG} = \beta_o^{AG} + \sum_{AG} \beta_1^{AG} y_{t-1}^{AG} + \varepsilon_t^{AG}$$

Demografische Trends lassen sich nicht in jedem Fall linear fortschreiben, sondern stoßen häufig an definitorische oder konzeptionelle Grenzen. So kann zum Beispiel eine Erwerbstätigenquote nicht den Wert von 100 Prozent überschreiten. Der fortzuschreibende Ausschöpfungsgrad in Arbeitsstunden je Einwohner unterliegt einer Plausibilitätsgrenze: Ein Wert von rund 1.600 Stunden käme zustande, wenn ausnahmslos alle Einwohner der jeweiligen Altersgruppe in Vollzeit arbeiteten. Denn die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten lag 2025 bei 1.588 Stunden (IAB, 2026). Um der anzunehmenden Nicht-Linearität Rechnung zu tragen, wurden die fortzuschreibenden Werte quadriert. Um die Stationarität der Zeitreihen sicherzustellen, wurden zudem die Differenzen erster Ordnung verwendet.

Zeitreihenmodelle versuchen aus Daten der Vergangenheit Vorausschätzungen für künftige Entwicklungen abzuleiten. Da in der Vergangenheit insbesondere für die Bevölkerung in den rentennahen Jahrgängen der Ausschöpfungsgrad deutlich zunahm, schreibt das Modell diesen Trend fort (Abbildung 5). Im Kern postuliert das Modell also die Erwartung, dass die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden je Einwohner für die 55- bis 64-jährigen Männer das Niveau darunter liegender Altersgruppen erreicht. Das kann als optimistisch angesehen werden, weil gesundheitliche oder gesellschaftliche Faktoren Grenzen setzen können. Bei den Frauen ergibt sich auch ein Anstieg, der allerdings etwas geringer ausfällt. Aufgrund des hohen Teilzeitanteils ist der Ausschöpfungsgrad hier deutlich geringer als bei Männern. Die Befunde ergeben sich in der Tendenz auch dann, wenn statt einer Vektorautoregression ein Modell der exponentiellen Glättung nach Holt (Gardner/McKenzie, 1985) zur Vorausschätzung verwendet wird.

Vorausschätzung der Arbeitsstunden in Deutschland bis 2040
Geleistete Arbeitsstunden je Einwohner nach Altersgruppen pro Jahr

Abbildung 5



Gestrichelte Linien: Vorausschätzung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung;
Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 5: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/KWngtGLSaJXbfx>

Vorausschätzung des Arbeitsvolumens

Durch Multiplikation der vorausgeschätzten Ausschöpfungsgrade mit der vorausgeschätzten Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe und Summation ergibt sich ein vorausgeschätztes gesamtes Arbeitsvolumen. Dies ist nicht als Prognose zu verstehen, sondern beschreibt die Anzahl der Arbeitsstunden, die bei einer durchschnittlichen Auslastung unter den durch die Bevölkerungsentwicklung gegebenen Rahmenbedingungen als Arbeitsangebot zur Verfügung stehen könnte. Das letztlich am Markt realisierte Arbeitsvolumen kann davon abweichen.

Abbildung 6 zeigt das vorausgeschätzte Arbeitsvolumen in zwei Varianten. Die als „Basisvorausschätzung“ bezeichnete Linie gibt das Arbeitsvolumen wieder, das sich unter der Annahme ergibt, dass der Ausschöpfungsgrad des Arbeitskräftepotenzials der jeweiligen Kombination aus Geschlecht und Altersgruppe auf dem letztverfügbaren Stand aus dem Jahr 2024 verbleibt und sich nicht ändert. Die Veränderung ist mithin allein durch die Bevölkerungsentwicklung determiniert und stellt eine eher pessimistische Sichtweise dar, weil keinerlei Anpassungen an veränderte Knappheitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt unterstellt werden. Es ergibt sich für den Zeitraum 2024 bis 2040 ein Absinken des Arbeitsvolumens um 7,1 Prozent. Die mit „Vorausschätzung VAR(1)“ bezeichnete Linie gibt das Arbeitsvolumen wieder, das sich ergibt, wenn die in Abbildung 5 dargestellten, eher optimistischen Vorausschätzungen des Ausschöpfungsgrads zugrunde gelegt werden. Da der Ausschöpfungsgrad insgesamt modellgeschätzt steigt, ist der Rückgang mit 3,4 Prozent bis 2040 weniger ausgeprägt als in der Basisvorausschätzung.

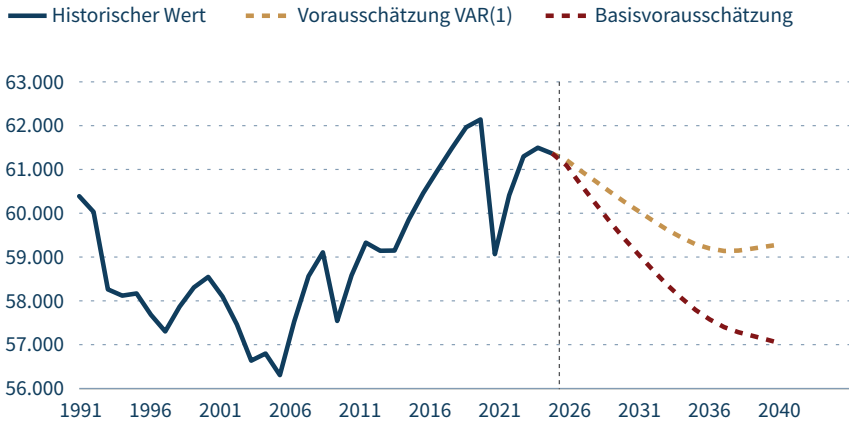
Kapitaleffekte

Bei einer auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vorgenommenen Wachstumsanalyse liegt dem Kapitalstock das preisbereinigte Bruttoanlagevermögen zugrunde (Brümmerhoff/Grömling, 2015, 173 ff.). Dieses bezieht sich auf produzierte Anlagegüter wie Ausrüstungen, Bauten und immaterielles Kapital, zum Beispiel Software, Daten oder Forschung. Bei der Entwicklung des makroökonomischen Kapitalbestands ist von einer gewissen Komplementarität zwischen Arbeits- und Kapitaleinsatz auszugehen (Deutsche Bundesbank, 2014). Investitionen sind demnach von der Beschäftigungsentwicklung abhängig, wobei diese Komplemen-

Entwicklung des Arbeitsvolumens in Deutschland

Abbildung 6

Angaben in Millionen Stunden



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung;
Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 6: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/Ln6DffDsRqQJgwC>

tarität nicht vollständig ist. Vor dem Hintergrund des in den nächsten zehn Jahren rückläufigen Arbeitseinsatzes in Deutschland wird somit einerseits die Investitionsdynamik abgebremst. Andererseits induziert der absehbare Rückgang des Arbeitsangebots einen Mehreinsatz an Kapital und technologischem Wissen. Für sich genommen dürfte der demografische Wandel die Automatisierung und Digitalisierung und die dafür erforderliche Kapitalbildung begünstigen.

Die geopolitische Zeitenwende und die damit verbundene ökonomische Fragmentierung der Weltwirtschaft begründen neue unternehmerische und öffentliche Anlageinvestitionen. Dazu zählen etwa im privatwirtschaftlichen Bereich notwendige Aufwendungen für eine Reorganisation der Produktionsprozesse zum Absichern internationaler Lieferketten und zur Erlangung einer höheren ökonomischen Resilienz. Die globale Geopolitik erfordert zusätzliche Investitionsausgaben im öffentlichen Sektor für militärische Ausrüstungen und Sicherheitstechnologien. Vor diesem Hintergrund wird für die kommende Dekade insgesamt eine stärkere Investitionstätigkeit

angenommen als in vorhergehenden Wachstumsprojektionen (Grömling et al., 2021). Gleichwohl gilt es zu bedenken, dass ein größeres Risikoumfeld zu künftig niedrigeren Renditeerwartungen führen und damit die Investitionsneigung dämpfen kann.

Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) wird die Kapitalbildung in Deutschland gestärkt. Dazu liegen Schätzungen (Hentze et al., 2025; Hüther/Obst, 2025; SVR, 2025) vor, in welcher Größenordnung zusätzliche Ausgaben zu erwarten sind, um die Infrastruktur einerseits zu modernisieren und andererseits die Transformation zur Klimaneutralität zu begleiten. Hinzu kommen die Mehrausgaben für Verteidigung, die allerdings in hohem Umfang staatliche Konsumausgaben umfassen, die nicht kapitalwirksam werden. In der vorliegenden Potenzialschätzung werden für alle Bereiche – Sicherheit, Transformation, Infrastruktur – rund 50 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen pro Jahr veranschlagt.

Von einer zunehmenden Digitalisierung und Verbreitung von Künstlicher Intelligenz (KI) können ebenfalls Kapitalimpulse ausgehen (Demary et al., 2025). Bereits in den letzten Dekaden hat sich das Gewicht der immateriellen Kapitalgüter am gesamtwirtschaftlichen Kapitalaufbau auf fast 20 Prozent nahezu verdoppelt. Der Bedeutungszuwachs des Digitalisierungskapitals muss jedoch dadurch relativiert werden, dass in diesem Bereich durch permanente technologische Verbesserungen generell relativ hohe Abgänge zu verzeichnen sind (Grömling/Niebel, 2024). Mit Blick auf den hier im Zusammenhang mit der Digitalisierung diskutierten Faktor Kapital kommt der Energieinfrastruktur ebenfalls eine zentrale Rolle zu. Generell werden die Nachfrage nach Strom und die entsprechend notwendigen Investitionen durch die klimabedingte Transformation deutlich ansteigen.

Vor diesem Hintergrund wird das Kapitalwachstum im gesamten Projektionszeitraum bis Ende der nächsten Dekade zunächst leicht und dann deutlicher anziehen. Das setzt gleichwohl verbesserte Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland voraus. Die Wachstumsbeiträge des Faktors Kapital werden im Zeitverlauf wieder das Niveau der 2000er Jahre in Deutschland erreichen. Damit werden sie jedoch deutlich unterhalb der Kapitalimpulse in den früheren Dekaden bleiben.

Technologieeffekte

Für eine Projektion des zukünftigen technischen Fortschritts sind jene Bestimmungsfaktoren relevant, die das technische und organisatorische Wissen bestimmen und die das Humankapital betreffen (Syverson, 2011; Goldin et al., 2021). Für den Projektionszeitraum erscheint es plausibel, von einer etwas ansteigenden Humankapitalintensität auszugehen (SVR, 2023). Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass Fachkräftengpässe die Bildungsrenditen erhöhen können.

Bei einer Projektion des technischen Fortschritts ist davon auszugehen, dass dafür zum Teil auch die allgemeine Investitionstätigkeit, also die Dynamik der Anlageinvestitionen, relevant ist. Ein Teil des technischen Fortschritts ist kapitalgebunden („capital embodied technological change“). Durch Investitionen werden die neuesten Technologien eingeführt und damit können entsprechende Effizienzgewinne und TFP-Fortschritte realisiert werden.

Positiv auf den technologischen Fortschritt in der Zukunft werden die fortschreitende Digitalisierung und insbesondere der Einsatz von KI gesehen (Brynjolfsson et al., 2025; Demary et al., 2025). Die Anwendung digitaler Technologien dürfte bei der Gestaltung der künftigen Wertschöpfungsprozesse und durch eine höhere Allokationseffizienz zwischen Unternehmen Produktivitätsfortschritte ermöglichen. Um die Produktivitätseffekte neuer Technologien wie KI in hohem Maß zu realisieren, müssen jedoch erst komplementäre Produktionsfaktoren – zum Beispiel das für die neuen Technologien relevante Humankapital – gebildet und oftmals ein organisatorischer Wandel durchlaufen werden. Dies kann generell vorübergehend zulasten der Produktivität gehen, vor allem, wenn regulatorische Hindernisse oder Fachkräftemangel die Adaption des technischen Fortschritts behindern. Die Untersuchung von Acemoglu (2025) kommt bezogen auf zukünftige Entwicklungen zu dem Ergebnis, dass durch den Einsatz von KI über einen Zeitraum von zehn Jahren nur moderate Impulse zu erwarten sind.

Ein Teil der Verringerung des Produktivitätswachstums in der Vergangenheit wird durch eine global insgesamt schwächere Innovationstätigkeit und Forschungsproduktivität begründet (Goldin et al., 2021). Bloom et al. (2020) weisen in diesem Kontext darauf hin, dass gegenwärtig in einem viel höheren Ausmaß als früher in F&E investiert werden

muss, um technologischen Fortschritt zu erreichen. Auch die demografische Alterung kann zu einer schwächeren Innovationstätigkeit und Produktivitätsdynamik führen. Die Deutsche Bundesbank (2021, 33 ff.) verweist darauf, dass in einer älteren Gesellschaft die Allokationseffizienz niedriger sein kann, weil weniger Gründungen stattfinden. Unternehmensgründungen beschreiben einen weiteren Weg, neue Produkte oder Produktionsprozesse in den Markt zu bringen. Zudem kann ein Wandel hin zu weniger technologie- und kapitalaffinen und weniger produktiven Wirtschaftsbereichen, wie etwa öffentliche und haushaltsnahe Dienstleistungen, stattfinden.

Die geopolitischen Verwerfungen der letzten Jahre dürften zunächst mit einem dämpfenden Effekt auf die wirtschaftliche Effizienz einhergegangen sein. Abbildung 3 zeigt, dass in den letzten Jahren keine Wachstumsbeiträge durch den technologischen Fortschritt zu verzeichnen waren. Im Gegensatz dazu konnten offensichtlich in den 1990er und 2000er Jahren positive Produktivitätszuwächse aufgrund einer intensiveren internationalen Arbeitsteilung realisiert werden (SVR, 2015). Auch für die nächsten Jahre wird davon auszugehen sein, dass die Reorganisation der Wertschöpfungsketten und der absehbare Protektionismus für sich genommen die Effizienz der Unternehmen belasten wird. Gleichwohl können höhere Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben und die damit notwendigen Innovationen über Spillover-Effekte auch im privatwirtschaftlichen Bereich wirksam sein.

Insgesamt wird für Deutschland im Projektionszeitraum bis Ende der nächsten Dekade aufgrund der aufgezeigten gegenläufigen Einflussfaktoren eine moderat ansteigende Rate des technischen Fortschritts angenommen. Damit nehmen dessen Wachstumsbeiträge im Zeitverlauf zu, wobei die gegenwärtig schlechte gesamtwirtschaftliche Ausgangsbasis (siehe Abbildung 3) zu berücksichtigen ist.

Potenzialentwicklung bis 2035

Vor dem Hintergrund der hier getroffenen Annahmen zu den allgemeinen Determinanten des künftigen Produktionspotenzials – Arbeitsvolumen, Kapitaleinsatz und technologischer Fortschritt – wird für Deutschland in den kommenden 15 Jahren ein durchschnittliches Potenzialwachstum von 0,7 Prozent projiziert. Abbildung 7 zeigt gleichwohl, dass dieser Durchschnitt von deutlichen Unterschieden in den 5-Jahresperioden hinterlegt ist. Ausgehend von der faktischen Stagnation im Zeit-

raum 2020 bis 2025 schafft die Entwicklung der drei explizit projizierten Faktoren ein Potenzialwachstum in einer Größenordnung von 0,3 Prozent im Rest der laufenden Dekade. Dies ist etwas höher als in der Projektion des Sachverständigenrates (SVR, 2025), weil dort ein stärkerer Rückgang des Arbeitsvolumens angenommen wird. In der ersten Hälfte des nächsten Jahrzehnts dürfte sich das Potenzialwachstum auf rund 0,7 Prozent verdoppeln und in der zweiten Hälfte dann bei gut 1 Prozent pro Jahr liegen.

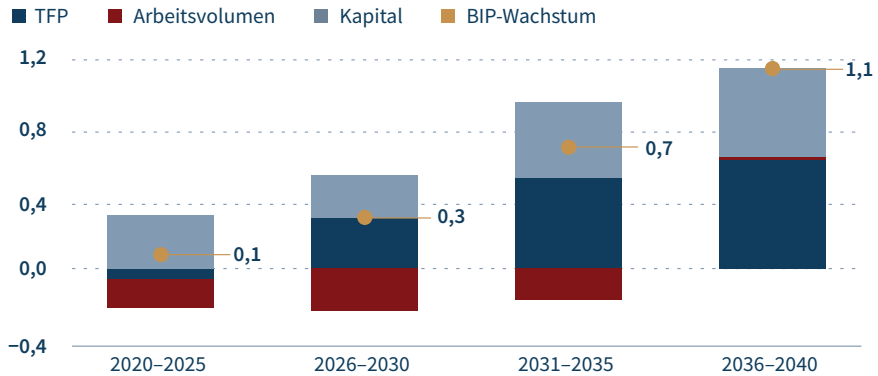
- Infolge der aufgezeigten demografischen Entwicklung wird der Arbeitseinsatz das Potenzialwachstum bis Mitte der nächsten Dekade deutlich reduzieren. In der zweiten Hälfte der 2030er Jahre werden keine weiteren demografischen Bremseffekte zu erwarten sein. Allerdings wird das Produktionspotenzial dann auch nicht positiv durch den Faktor Arbeit gestärkt.
- Der Faktor Kapital und seine Entwicklung erreicht unter den gegenwärtig plausiblen Bedingungen in den kommenden 15 Jahren einen Wachstumsbeitrag wie in den 2000er Jahren von durchschnittlich rund einem halben Prozent pro Jahr. Das setzt voraus, dass die seit Jahren andauernde Investitionsschwäche in Deutschland überwunden wird. Die vom Krieg im Nahen Osten und dessen globalen Auswirkungen geprägten Wirtschaftsperspektiven in Deutschland lassen dies jedenfalls für das Jahr 2026 noch nicht erwarten. Selbst bei einer baldig einsetzenden Erholung bleiben die Kapitalstockeffekte zunächst noch deutlich hinter jenen in der Vergangenheit zurück.
- Die Potenzialimpulse durch das technologische und organisatorische Wissen nehmen im Betrachtungszeitraum leicht zu, was im Wesentlichen mit den Effizienzwirkungen durch die fortschreitende Digitalisierung zu erklären ist. Insgesamt wird in der vorliegenden Langfristprojektion nicht von einem neuen technologisch-organisatorischen Zeitalter ausgegangen, das für sich genommen eine globale Wachstumsbelebung auslöst. Für entsprechende Annahmen erscheinen derzeit die institutionellen Rahmenbedingungen nicht adäquat zu sein.

Bei der Interpretation einer Potenzialschätzung ist generell darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei nicht um eine Prognose der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung handelt (Ochsner/Werding, 2026). Wegen des langen Projektionszeitraums bestehen in einem hohen Ausmaß vielfältige Unsicherheiten. Das führen beispielsweise die geo-

Potenzialwachstum in Deutschland

Abbildung 7

Beiträge der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und TFP¹⁾ zum jahresdurchschnittlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



1) TFP: Totale Faktorproduktivität als Messgröße für technisch-organisatorische Veränderungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 7: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/YCqqtNedaqbczBA>

politischen Verwerfungen in den letzten Jahren deutlich vor Augen. Vor allem über künftige politische Entwicklungen und Entscheidungen im nationalen wie im internationalen Kontext müssen Rahmenbedingungen gesetzt und die dafür zugrunde liegenden Ad-hoc-Annahmen getroffen werden. Dabei ist zwischen wirtschafts- und standortpolitisch notwendigen und wünschenswerten Entscheidungen und realistisch plausiblen Annahmen zu unterscheiden.

Fazit

Die selbst unter Berücksichtigung von Zuwanderung zu erwartende demografisch bedingte Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung in Deutschland hat Folgen für das wirtschaftliche Potenzialwachstum. Trotz verhalten optimistischer Annahmen zu einem steigenden Ausschöpfungsgrad des Arbeitskräftepotenzials, zunehmenden Kapitalwachstum sowie einer steigenden Rate des technischen Fortschritts wird die potenzielle Wachstumsrate des BIP unterhalb des Niveaus früherer Dekaden verbleiben. Dies führt angesichts weiterhin bestehender Anpassungslasten etwa im Bereich

der Sicherheit oder der ökologischen Transformation zu steigenden Herausforderungen und gegebenenfalls Verteilungskonflikten.

Um überhaupt optimistische Annahmen rechtfertigen zu können, sind zeitnah politische Weichenstellungen erforderlich. Angebotspolitisch orientierte Reformen müssen unter anderem öffentliche und private Investitionen stärken, Regulierungen zurückfahren und steuerliche Belastungen für Unternehmen senken sowie Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Energiepreise schaffen (Hüther, 2025). Das Arbeitsangebot muss durch eine Intensivierung der Fachkräftezuwanderung und durch Rahmenbedingungen für eine bessere Ausschöpfung des bestehenden Potenzials gestärkt werden. Im Fokus sollte dabei die Pro-Kopf-Arbeitszeit stehen, die in Deutschland im Gegensatz zur Erwerbsbeteiligung unterdurchschnittlich ist (Hammermann et al., 2024).

Literatur

- Acemoglu, Daron, 2025, The simple macroeconomics of AI, in: Economic Policy, 40. Jg., Nr. 121, S. 13–58
- Bloom, Nicholas / Jones, Charles / Van Reenen, John / Webb, Michael, 2020, Are Ideas Getting Harder to Find, in: American Economic Review, 110. Jg., Nr. 4, S. 1104–1144
- Brümmerhoff, Dieter / Grömling, Michael, 2015, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Berlin/Boston
- Brynjolfsson, Erik / Li, Danielle / Raymond, Lindsey, 2025, Generative AI at Work, in: Quarterly Journal of Economics, 140. Jg., Nr. 2, S. 889–942
- Deschermeier, Philipp, 2016, Einfluss der Zuwanderung auf die demografische Entwicklung in Deutschland, in: IW-Trends, 43. Jg., Nr. 2, S. 21–38
- Deschermeier, Philipp, 2026, Die Zeichen stehen wieder auf Schrumpfung, IW-Kurzbericht, Nr. 29, Köln
- Demary, Vera et al., 2025, Wie wird KI die Produktivität in Deutschland verändern?, Gutachten im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, Köln/Berlin
- Deutsche Bundesbank, 2014, Neuschätzung des Produktionspotenzials der deutschen Wirtschaft, in: Monatsbericht, Dezember, S. 28–30
- Deutsche Bundesbank, 2021, Zur Verlangsamung des Produktivitätswachstums im Euroraum, in: Monatsbericht, Januar, S. 15–47
- Gardner, Everette S. / McKenzie, Ed, 1985, Forecasting Trends in Time Series, in: Management Science, 31. Jg., Nr. 10, S. 1237–1246
- Goldin, Ian / Koutroumpis, Pantelis / Lafond, Francois / Winkler, Julian, 2021, Why is Productivity Slowing Down?, in: Journal of Economic Literature, 62. Jg., Nr. 1, S. 196–268
- Grömling, Michael et al., 2021, Ein Wachstumspfad für mehr Produktivität, Innovation und Beschäftigung in Deutschland, Gutachten im Auftrag von StepStone GmbH, NEW WORK SE, Kienbaum Consultants International, Köln
- Grömling, Michael / Niebel, Thomas, 2024, Measuring the productivity effects of digital capital – a conceptual approach, in: ASTA – Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, 18. Jg., Nr. 4, S. 319–335
- Hammermann, Andrea et al., 2024, Agenda 2030. Arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen für die Jahre 2025–2029, IW-Policy Paper, Nr. 12, Köln/Berlin
- Hentze, Tobias et al., 2025, Ökonomische Restriktionen für die Umsetzung des Finanzpakets, IW-Policy Paper, Nr. 6, Köln

Hüther, Michael, 2025, Eine Agenda für die neue Legislaturperiode. Wettbewerbsfähigkeit und Transformation, IW-Policy Paper, Nr. 1, Köln

Hüther, Michael / Obst, Thomas, 2025, Makroökonomische Auswirkungen der Zeitenwende 2.0, IW-Kurzbericht, Nr. 23, Köln/Berlin

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2026, IAB-Arbeitszeitrechnung, <https://iab.de/daten/iab-arbeitszeitrechnung/> [15.6.2026]

Lütkepohl, Helmut, 2004, Vector Autoregressive and Vector Error Correction Models, in: Lütkepohl, Helmut / Krätzig, Markus (Hrsg.), Applied Time Series Econometrics, Cambridge, S. 84–158

Ochsner, Christian / Werding, Martin, 2026, Langfrist-Projektionen in der ökonomischen Politikberatung: Eine Einordnung, in: Wirtschaftsdienst, 106. Jg., Nr. 6, S. 443–447

Schäfer, Holger / Schmidt, Jörg, 2017, Vollbeschäftigung: Erreichbar und erstrebenswert?, in: ifo-Schnelldienst, 70. Jg., Nr. 16, S. 6–8

Statistisches Bundesamt, 2026a, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsprodukt, Vierteljahresergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.2, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2026b, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, <https://genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/12411/table/12411-0005> [11.6.2026]

Statistisches Bundesamt, 2026c, Bevölkerung Deutschlands sinkt im Jahr 2025 um 0,1 %, Pressemitteilung Nr. 203 vom 16. Juni 2026, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/06/PD26_203_124.html [18.6.2026]

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2015, Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt, Jahresgutachten 2015/2016, Wiesbaden

SVR, 2023, Wachstumsschwäche überwinden – In die Zukunft investieren, Jahresgutachten 2023/24, Wiesbaden

SVR, 2025, Perspektiven für Morgen schaffen – Chancen nicht verspielen, Jahresgutachten 2025/26, Wiesbaden

Syversen, Chad, 2011, What Determines Productivity?, in: Journal of Economic Literature, 49. Jg., Nr. 2, S. 326–365

Economic Growth Amid Demographic Change

As a result of demographic trends, the working-age population in Germany is set to fall by 4.3 million, or 7.7 per cent, by 2040. This figure already takes into account the – declining – level of net immigration. The consequences of this trend for potential economic growth can be assessed using a ‘growth accounting’ approach, which breaks down growth in gross domestic product into its three components: labour, capital and technological progress. A forecast for the GDP growth rate can be derived from the projections of these components. For any given projected population trend, the future development of the labour supply will be determined by the degree to which the labour force potential is utilised. A projection of this utilisation rate using vector autoregression shows that the population decline could be partly offset, particularly if the labour force participation and the working hours of those approaching retirement age continue to rise. Capital growth could be moderately increased by means of public investment in the form of special funds and private investment in decarbonisation and digitalisation. A similarly positive development may occur in technological progress, which is currently being boosted by the spread of artificial intelligence. However, the ageing of the population as a whole will still have a dampening effect on the overall trend. Taking all these factors into account, potential growth could average 0.7 per cent per year up to 2040, with the highest rates of 1.1 per cent expected towards the end of this period. Even so, growth would still lag behind that of previous periods and would be conditional on the timely implementation of a series of supply-side reforms designed to boost investment and mobilise the labour force.